

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1882

19.1.1882 (No. 16)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 19. Januar.

№ 16.

1882.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einschreibungsgebühr: die gepaltene Petition oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

Deutschland.

Berlin, 17. Jan. Die „Post“ erklärt, dass von der „Germania“ gebrachte Gerücht, dass die Stellung des Landwirtschafts-Ministers Lucius erschüttert sei, entbehre aller und jeder Begründung.

In dem diesjährigen Kapitel des hohen Ordens vom Schwarzen Adler werden die im Jahre 1881 durch diesen hohen Orden ausgezeichneten Ritter, die Generale der Infanterie v. Stosch und v. Treskow, investirt werden und die Ordenskette zu den ihnen anlässlich des Flottenmanövers bei Kiel, beziehentlich der großen Manöver in Holstein verliehenen Decorationen erhalten.

Zu § 7 a. des Reichsgesetzes vom 1. Juli v. J. ist ausdrücklich bestimmt, dass die Verpflichtung zur Entrichtung der Stempelabgabe bei Schlussnoten und den andern dort bezeichneten Schriftstücken seitens des Ausstellers durch Verwendung vor dem Gebrauch gestempelter Formulare erfüllt werden muss. Sonach ist nach einer Zirkularverfügung des Finanzministers ein Zweifel, ob der Empfänger einer ungestempelten Schlussnote oder eines andern im § 7 a. benannten, noch ungestempelten Schriftstückes die ihm nach § 6 Absatz 2 a. a. o. obliegende Verpflichtung für Verfertigung nicht durch vorchriftsmäßige Verwendung von Stempelmarken erfüllen dürfe, unbegründet. Der Empfänger eines stempelpflichtigen, noch ungestempelten Schriftstückes kann vielmehr die ihm nach § 6 Absatz 2 a. a. o. obliegende Verpflichtung zur Verfertigung nur durch vorchriftsmäßige Verwendung von Stempelmarken erfüllen; denn unter dem „Gebrauch gestempelter Formulare“ im Sinne des § 7 a. und b. kann nach dem allgemeinen Sprachgebrauch nur die Ausfüllung des Formulars, d. h. die Niederschreibung der stempelpflichtigen Schlussnote u. s. w. auf dem gestempelten Blatte verstanden werden. Andersfalls hätte auch der Bundesrath die Art der Verwendung des Formulars vorgeschrieben.

Der Centralverband deutscher Industrieller hat heute folgende Petition an den Reichstag gerichtet:

Der von den Hrn. Dr. Buhl und Genossen eingereichte Gesetzentwurf betreffend die Entschädigung bei Unfällen und die Unfallversicherung der Arbeiter ist für die deutsche Industrie unannehmbar. Derselbe erklärt den Unternehmer für jeden beim Betriebe sich ereignenden Unfall als haftbar, selbst wenn dieser Unfall durch grobes Verschulden des Arbeiters herbeigeführt ist; er beseitigt die nach der Erfahrung unbedingt erforderliche Karenzzeit, er verleiht gegen das Prinzip der korporativen Selbsthilfe, weil derselbe von jeder Heranziehung des Arbeiters zu den Beiträgen und zu der Verwaltung der Unfallkasse absteht, während gerade die Mitbetheiligung des Arbeiters an der Verwaltung ähnlicher Klassen sich in ethischer und finanzieller Beziehung als segensreich erwiesen hat. Durch die neuen in ihrer Tragweite gar nicht absehbaren Lasten, welche dieser Entwurf der deutschen Industrie aufbürdet, wird dieselbe nicht nur in ihrer Konkurrenzfähigkeit gegen das Ausland empfindlich beeinträchtigt, sondern es wird vor Allem der Unternehmungsgeist völlig gelähmt und gerade dadurch der Arbeiter am meisten geschädigt werden. Der Centralverband deutscher Industrieller hat wiederholt die volle Bereitwilligkeit der deutschen Industrie ausgesprochen, die Frage der Unfallversicherung auf einer breiteren Basis zu lösen und erhebliche Opfer dafür zu übernehmen; in dem gegenwärtig eingeschlagenen Wege kann derselbe indes eine gedeihliche oder auch nur erträgliche Lösung derselben nicht erkennen. Für heute auf diese wenigen und prinzipiellen Bemerkungen uns beschränkend, bitten wir den hohen Reichstag, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Verkauf.

Novelle von F. v. Stengel.

Eine junge Frau saß am Schreibtische, ihre Linke schützte die Augen vor dem Lichte der Lampe, die seitwärts zwischen zerstreuten Briefen und Papieren stand, während ihre Rechte halb mechanisch die beschriebenen Seiten in einem vor ihr liegenden Buche hin- und zurückblätterte.

Es war spät am Abend, ja schon Nacht, durch die wohlverschlossenen Fenster, die seitlichen Gardinen drang kein Lichtstrahl hinaus, kein Ton von der Außenwelt herein, und doch wogte in den Straßen noch das laute Pariser Leben, das Rollen der Wagen über die Boulevards dauerte noch fort, und selbst in dem traulichen Zimmer konnte einem aufmerksamen Lauscher das ferne Dröhnen nicht ganz entgehen. Die Frau aber vernahm nichts davon; sie schaute nur in das eigene Innere und lauschte den Stimmen, welche da sprachen. Sie mußten ihr vieles erzählen: die wechselhaften Empfindungen spiegelten sich auf ihrem schönen Gesichte, auf das jetzt, wie sie die Hand sinken ließ, das Licht der Lampe blendend fiel. Es waren fast mädchenhafte Blicke — und doch mußte die Frau das Ende der Zwanzig bald erreicht haben —, halb schlüchtern sah das dunkle Auge unter den langen Wimpern hervor, als scheue es die Begegnung eines fremden Blickes, aber um den Mund zog eine strenge Linie, welche der Schüchternheit Willenskraft entgegenzusetzen schien, und die hohe Stirn, von leichtgelockten blonden Haaren umrahmt, mußte ernste Gedanken bergen. Aber dennoch war in dem ganzen Antlitz, dessen edles Oval von klassischer Reinheit an die lieblichen Züge einer Hebe erinnerten, die weibliche Zartheit vorherrschend; der Ausdruck war der eines sich anstimmenden, der Stille bedürftigen Kindes.

*) Nachdruck verboten.

Richter, Generaldirektor der Vereinigten Königs- und Laura-Hütte; Th. Hagler, bair. Kommerzienrath; C. Kuffel, Bürgermeister a. D.; Schild, Regierungsrath a. D.; der Geschäftsführer: Bentner, Regierungsrath.

Die hiesige Juristische Gesellschaft hielt zu Ehren des verstorbenen Geh. Rath Prof. Dr. Bluntzschli am Samstag Abend im Restaurant Poppenberg eine Festigung ab. Der plötzlich eingetretene Tod des ersten Vorsitzenden, Graf v. Wartensleben, würde ohne Zweifel zu einem Ausfall der Sitzung Veranlassung gegeben haben, wenn nicht gerade der Verstorbene dieselbe mit außerordentlicher Sorgfalt vorbereitet und Prof. Dr. v. Holzendorff nicht aus München die Reise hierher unternommen hätte, um seinem langjährigen Freunde und Genossen die Gedächtnisrede zu halten. Der Saal war festlich geschmückt und aus einem Haime hochstämmiger Topfgewächse grüßte die wohlgeordnete Blüthe des Geseierten heraus. Am Vorstandstische nahm neben dem Festredner der stellvertretende Vorsitzende der Gesellschaft, erster Amtsrichter von zur Wehen, ferner der Justizrath Mevius und der Amtsrichter Frhr. v. Kirchbach Platz, im Uebrigen nahmen etwa 60 Mitglieder und zahlreiche Ehrenmitglieder der Gesellschaft an dem Festtage Theil. Das Bild, welches der berühmte Festredner von dem Leben und Wirken Bluntzschli's entwarf, war ein überaus glänzendes und großartiges. Unter Ausscheidung einer Reihe der Bedeutung des Verstorbenen als schweizerischer Staatsmann und Kirchenpolitiker behandelte der Vortragende den Lebenslauf desselben in drei Abschnitten; zunächst seine Wirksamkeit als Leiter der Staatsverwaltung von Zürich, dann die Zeit seiner Professur an der Münchener Universität und endlich die Zeit seiner Thätigkeit in Baden als Professor der Universität Heidelberg, Mitglied der Kirchenynode, Mitglied beider Kammern.

Von den juristischen Werken des Verstorbenen widmete der Festredner namentlich dem „privatrechtlichen Gesetzbuch für den Kanton Zürich“, welches einer großen Anzahl Kantonalgesetze zum Vorbild diente, eine längere Beschreibung, schilderte die an Arbeiten für Kodifikation des Völkerrechts, Arbeiten, die an Schärfe vielleicht nur von Fester übertroufen, an Gründlichkeit und Bedeutsamkeit aber unübertrefflich sind, und verteidigte schließlich unter Skizzirung der einzelnen Hauptwerke des Verstorbenen denselben gegen den Vorwurf, daß er sich nicht, der Spezialisirung folgend, einem Zweige der Jurisprudenz zuwendete, sondern alle Zweige als seine Domäne betrachtet habe. Der Schluss der äußerst anregenden Rede zeigte, daß der Bilderverständnis, aus welchem der Redner den Einfluß Rammers auf den Verstorbenen herleitete, auf ihn selbst Anwendung finden darf, denn in blumenreicherer Form läßt sich das Andenken an einen theuren Todten kaum ehren, als dies am Schlusse durch den Festredner geschah. — Nach dem Vortrag vereinigte sich die Gesellschaft zu einem gemeinschaftlichen Mahle.

Anlässlich der Feier hatte der italienische Minister Mancini folgendes Sympathie-Telegramm gesandt: „Italien und seine Rechtsschule vereinnigte sich auf's Herzlichste mit der heute von dem gelehrten Deutschland veranstalteten Gedächtnisfeier für den trefflichen Bluntzschli und seine der Wissenschaft und der Humanität geleisteten Dienste.“

Berlin, 17. Jan. Reichstag. 27. Sitzung.

Bei Prüfung der Berliner Wahlen (Löwe und Birchow) kommt es angeht des Protokolls des konservativen Centralkomite's zu einer Auseinandersetzung zwischen Richter und Löwe einerseits und Stöcker andererseits. Richter bezeichnet den Protest als eine große Privolität einer freien antimilitarischen Gesellschaft. Die Berliner Wahlen werden für gültig erklärt. Bei der Prüfung der Wahl des Abgeordneten Clauswitz kommt Schott auf den königlichen Erlass vom 4. Januar zu sprechen. Hänzel erklärt, daß seine Partei bei erster passender Gelegenheit den Erlass zur Sprache bringen werde. Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes über die Erhebung einer Berufsstatistik. Der § 1 wird

nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Nächste Sitzung morgen. (Dritte Beratung des Antrags Windthorst; Haftpflicht-Gesetz.)

Berlin, 17. Jan. Aus Anlaß der Verhandlungen über den Windthorst'schen Antrag schreibt der „Hamburger Korrespondent“:

„Aus der Betrachtung dieses Vorganges lassen sich mancherlei Schlussfolgerungen ziehen. — Folgerungen auf den Unbestand und die Unzuverlässigkeit dessen, was öffentliche Meinung heißt, — Folgerungen über den Wechsel der Meinungen von Parteien und Staatsmännern, — Folgerungen darüber, daß es gewisse Dinge gibt, die sich von selbst durchsetzen, ob sie gleich zu Zeiten von allen Berufenen preisgegeben werden. Wir begnügen uns mit der einen Schlussfolgerung, daß im Staatsleben das größte aller Uebel die Gelegenheitsgesetzgebung ist und daß dieses Uebel mit wechselnden Parteiherrschaften untrennbar verbunden zu sein scheint. In Zeiten, auf welche unser Geschlecht vornehm herabzusehen gewohnt ist, war die Ueberzeugung, daß nichts die Republik mehr zu zerrütten und zu erschüttern pflegt, als Veränderung der Rechte, Gewohnheiten und Sitten“, Gemeingut aller, die in öffentlichen Fragen misprachen, und galt das berühmte „Nolumus mutari leges Angliae“ für die feste Mauer der wahren Freiheit: — unsern Tagen ist vorbehalten geblieben, wechselnde Parteiinteressen und Rücksichten der Opportunität an die Stelle unerschütterlicher rechtlicher Nothwendigkeiten zu setzen. Sollen Vorgänge wie der vom 12. Januar 1882 nicht zur Regel werden, so wird nichts übrig bleiben, als zu der einfachen Weisheit der Väter zurückzukehren und über die Gelegenheitsgesetzgebung als solche (von der Gesetzgebung ab irato gar nicht zu reden!) ein für alle Mal den Stab zu brechen.“

Der „Hannoversche Courier“ hebt als besonders wichtig hervor, „daß es nicht die rechtsseitigen Parteien waren, die dem Centrum die wirksamste Unterstützung brachten, sondern die von der Linken. Sie besonders stehen mit auf dem Dankescontto, zu dem sich Hr. Windthorst verpflichtet hat, wenn er sich auch mit dessen Abzahlung nicht beeilen wird.“

In einem „Eine unvermeidliche Allianz“ überschriebenen Leitartikel führt die „Post“ aus, welche Gründe die Fortschrittspartei, soweit sie der Führung der Herren Richter und Birchow folgt, bewegen haben, Hrn. Windthorst, die Majorität zu bilden, welche das Gebäude der Mai-Gesetzgebung durch Herausnahme eines Schlüsselsteines in's Wanken zu bringen versuchen will“. Anknüpfend an die Behauptung des Abg. Birchow, der Reichskanzler sei durch die Vorlage vom Juni 1880 von dem durch die Mai-Gesetze ergriffenen Ziele abgefallen, läßt sich das freikonservative Organ weiterhin also vernehmen:

„Das Ziel der Mai-Gesetzgebung war und ist, einen internationalen Klerus durch einen nationalen, oder doch wenigstens einen mit dem nationalen Staat verträglich zu ersetzen. Wenn dieses Ziel sich dadurch erreichen läßt, daß die Kurie eine fanatische Kaplanokratie theils bähig, theils durch verträgliche Elemente ersetzt, so ist dies unbestreitbar der leichteste und schnellste Weg. Es wird auch der sicherste Weg sein, wenn der Staat das Mittel der Mai-Gesetze behält, einer wiederum aufrührerischen Kaplanokratie nöthigenfalls mit starker Hand entgegenzutreten. Ein solcher modus vivendi kann sich Epochen hindurch erhalten. Ein prinzipieller Friede zwischen dem modernen Staat und Rom ist nur durch die Unterwerfung des Staates unter den vollen Anspruch der päpstlichen Theokratie zu erreichen. Wenn die Fortschrittspartei meint, durch eine einseitige Staatsgesetzgebung nach ihrem Sinn zum Frieden mit Rom gelangen zu können, so ist dies starke Verblendung oder starke Unaufrichtigkeit. Die Gesetzgebung wird entweder so sein, daß

Eine alte Frau! — Wie jung war ich damals, ein Kind von fünfzehn Jahren, das noch nichts wußte von Welt und Leben, die Klostermauern verschlossen mir beides, — jetzt dünke ich mich alt, so alt! — Sind es denn die Jahre, die uns alt machen, oder jung bleiben lassen?

Ich stand im Zimmer der Superiorin, sie hatte mich rufen lassen. Welches Ereigniß in unserem Leben, wenn eine von den Schülerinnen dahin bestellt wurde, man wußte, um Kleines geschah es nicht, alle Augen folgten der Genannten, was mochte ihrer warten? Hat sie sich etwas zu Schulden kommen lassen, oder ist's eine Nachricht von zu Hause? Wie stürmisch pochte das Herz, zaghaft vor der Befürchteten, die doch gut war, die man liebte! — Auch mir war bange zu Muth, trotzdem mein Gewissen mir nichts vorwarf.

Ich sehe sie noch vor mir, die hohe Gestalt in dem schwarzen Kleide und dem langen weißen Schleier, der sie wie eine ichte Wolke umhüllte. Sie stand vor ihrem Tisch am Fenster, ein Sonnenstrahl beschien ihr ehrwürdiges Gesicht und ließ es wie verklärt erscheinen.

Sie hieß mich näher treten, als ich zaghaft an der Thüre stehen blieb, ganz nahe zu sich, sie nahm meine Hand und hielt sie fest mit innigem Drucke, sie strich über mein Haar und küßte mir Stirne und Wangen. Ich weiß nicht, wie mir war, die Thränen traten mir in die Augen, ich vermochte diese Bärtlichkeit nicht zu deuten.

Dann sprach sie: von meiner Heimath, von den Eltern, von meiner Rückkehr in's Vaterland, — und zuletzt nahm sie einen schwarzgefügten Brief, las ihn mit den Augen, dann laut, und nun wußte ich, was ich bis dahin aus ihren Worten wohl gehört, aber nicht verstanden hatte: mein Vater war todt.

(Fortsetzung folgt.)

Rom nicht im mindesten gehemmt wird; dann wird es in Deutschland herrschen. Ober die Gesetzgebung ist so, daß Rom sich gehemmt fühlt; dann wird es den Kriegszustand proklamieren, wie wir ihn jetzt haben. Wenn der Fortschritt dem Staat das Mittel verweigert, einen modus vivendi mit der Kurie herbeizuführen, der beiden Theilen ihre prinzipiellen Waffen läßt: dem Staat seine Gesetze, dem Papst seine theokratischen Rechtsmittel, so ist der Fortschritt entweder verblendet genug, den Staat lahm zu legen, oder er folgt lediglich dem Haß gegen den vom Kaiser zur Leitung der preussischen und Reichsgeschäfte berufenen Staatsmann. Die dritte Möglichkeit, daß der Fortschritt den Kampf auf Leben und Tod zwischen dem Reich und Rom je eher je lieber herbeizuführen wolle, dürfen wir als ausgeschlossen ansehen. So wird es das unüberwindliche Gefühl des Hasses gegen den leitenden Staatsmann sein, welches rücksichtslos gegen alle Folgen für das Vaterland, dem Fortschritt auch hier seine Handlungsweise eingibt."

Die Anschauung des äußersten rechten Flügels der konservativen Partei mag aus nachstehenden Sätzen ersehen werden, die einem „Auf nach Canossa!“ betitelten Artikel des „Reichsboten“ entnommen sind:

„Während der Reichstanzler in seinem Palaste saß, haben die Liberalen im Reichstage in Sad und Asche Buße gethan für die Sünden des Kulturkampfes und sind die Herren Birkow und Eugen Richter im Bürgergewand nach Canossa gebilgert. Wenn sie sich auch statt der Erbsen behnbare demokratische Phrasen in die Schuhe gelegt hatten und auch ihre Presse, voran das „Berl. Tagebl.“ und die „Volks-Ztg.“, sich bemühten, ihre schönsten Märsche dazu zu spielen, so mag ihnen doch der Gang im Stillen etwas sauer geworden sein, wenn auch die Jahreszeit jetzt angenehmer war als Anno 1077. Welches Geschrei würden die liberalen Blätter erheben, wenn die Regierung, wenn zumal der Reichstanzler zuerst seine Zustimmung zu dem Antrage Bindhorst's erklärt hätte; wie würden sie jetzt überall wieder die Kulturkampf-Pauke schlagen und die schrillen Oppositionsposaunen erschallen lassen! Der Oppositionsfeind hat die Liberalen in die Canossa-Grube gestürzt, welche sie seit vier Jahren so sorgsam für den Reichstanzler gegraben hatten. Man sieht, der Reichstanzler hat noch immer Glück. Der Weg zur vollen Beendigung des Kulturkampfes ist nun geebnet. Nachdem die alten liberalen Kulturkämpfer selbst für die radikale Abschaffung eines ganzen Mai-Gesetzes gestimmt haben — warum sollte die Regierung sich jetzt noch weigern, eine Revision der übrigen Mai-Gesetze vorzuschlagen?"

Berlin, 18. Jan. (Tel.) Abgeordnetenhause. Der Finanzminister legt den Etat für 1882/83 vor. Ein Verwaltungsbudget ist nicht vorhanden. Aus dem Vorjahre liegt ein verfügbarer Ueberschuß von 28 Mill. 862,485 M. vor. Das bevorstehende Etatsjahr eröffne günstige Aussichten, obwohl ein Defizit von 5 Mill. nicht vermeidbar sei. Der Etat balancirt mit 939 Mill. 806,617 M., gegen das Vorjahr mehr 26 Mill. 736,201 M. Das Ordinarium beträgt 905 Mill. 727,373 M., welches durch die ordentlichen Einnahmen gedeckt ist. Neben einem Steuererlaß von 14 Mill. schlägt die Regierung vor, einen Zuschuß aus der Stempelsteuer zu verwenden zum Erlaß einer einmonatlichen vierten Rate sämtlicher Klassensteuer-Stufen und der fünf untersten Einkommensteuer-Stufen, sowie der fünften Monatsrate der sechs untersten Klassensteuer-Stufen insgesamt 6 Mill. 670,900 M. Die Regierung halte fest am Prinzip weiterer Steuererlasse aus den Ueberschüssen. Der Antheil Preußens an den Erträgen der Zölle und der Tabaksteuer ergebe einen ferneren Ueberschuß von 8 Mill. 896,200 M., wozu noch die Einnahme aus der Stempelsteuer mit 7 Millionen 269,530 M. trete. Für die Gesandtschaft bei der Kurie sind 90,000 M. gefordert. Das Extraordinarium betrage 34 Mill. 79,249 M. meist zur Kulturzwecken. Allen Refforts seien erhöhte Zuwendungen gemacht, insgesamt mehr 7 1/2 Mill. Eine Anleihe war behufs Förderung wichtiger Zwecke des Volkswohls nicht zu vermeiden.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 17. Jan. In der heutigen Wiener Gemeinderath-Sitzung erschien ein Vertreter der Statthalterei, welcher eine Zuschrift des Statthalters verlas, ausführend, daß die Interpellationsbeantwortung seitens des Bürgermeisters in Sachen feuerpolizeilicher Vorkehrungen mangelhaft, unverantwortlich lüdenhaft sei und Erlasse verschweige, die für die Verantwortlichkeits-Frage wichtig seien. Der Erlaß schloß mit einer scharfen Kritik des Gemeindebegehrens. Der Bürgermeister Newald erklärte, er wolle auf die Zuschrift des Statthalters nichts entgegen, sondern den Gemeinderäthen sämtliche Akten vorlegen. — Die „Pol. Korresp.“ konstatiert, daß an dem gestrigen Ministerrathe auch der Kriegsminister und Reichsfinanzminister theilnahmen. Die aus einer vermeintlichen Abwesenheit derselben abgeleiteten Schlüsse bedürfen jedoch keiner Widerlegung.

Wien, 17. Jan. In Folge der zwischen der Statthalterei und dem Bürgermeister Newald über den Ringtheater-Brand obwaltenden Differenzen gedenkt Letzterer, wie die „Frkf. Ztg.“ meldet, zu demissioniren.

Wesph, 17. Jan. Das Abgeordnetenhause setzte die Budgetdebatte fort. Es sprachen nur Redner der äußersten Linken, darunter Belsky.

Italien.

Rom, 16. Jan. Der Verkauf mehrerer hiesiger Journale (Stalie, Zanfilla, Diritto, Veraghiere, Libertà) durch den Bankier Obliegt an das Konfortium Frémy (Union générale) beschäftigt, wie der „N. Fr. Pr.“ gemeldet wird, die öffentliche Meinung in hohem Grade. Zanfilla und Diritto versichern allerdings, daß sie trotz des Verkaufes fortfahren werden, dieselbe Politik zu verfolgen, wie vorher, und Torracea, der Direktor des Diritto, erklärt, man werde ihn entlassen, jedoch nicht umstimmen können. Die Opinione, Popolo Romano, Capitano Fracasso und Monitore, welche heute diesen Verkauf besprechen, bemerkten jedoch, daß trotz aller gegentheiligen Versicherung die verkauften Blätter nunmehr weit weniger im Stande sein werden, ihre Aktionsfreiheit zu wahren, als dies unter Obliegt möglich gewesen ist. Bedauerlich

sei, daß ein hervorragender Theil der italienischen Presse verschärfert werden könne gerade wie die nächstbeste Waare. Das Ereigniß sei jedoch um so bedauerlicher, als Herr Obliegt ein Fremder gewesen, die gegenwärtigen Inhaber aber Franzosen seien, die das Land zu ihren Zwecken, seien es politische oder kaufmännische, ausbeuten wollten. An alledem sei aber nicht Obliegt schuld; sondern die Parteigenossen Cairoli's und Nicotera's, sowie die Gemäßigten seien die Schuldigen, welche mit dem Verkaufe ihrer Blätter auch die eigene Würde einem Spekulantem preisgaben. Man sagt, der König habe nach dem gestrigen Berichte der Minister über die Sache Aufklärungen gewünscht. Man verlangt, die Regierung möge der Agence générale de publicitè, welche eigentlich nur die Union générale repräsentirt, die Autorisation verweigern.

Bei der gestrigen offiziellen Trauerfeier für Victor Emanuel war über dem Hauptthore des Pantheon das königliche Wappen angebracht, und darunter las man die Inschrift: „Divo, optimo, maximo. Regierung und Volk widmen Trauergebete für die Seele des Königs Victor Emanuel, Vaters des Vaterlandes.“ Das Innere des Tempels war in Schwarz und Gold drapirt. Das „Auge“ der Kuppel war mit einem schwarzen Samtbaldachin verhängt; die Mitte der Kirche nahm der Katafalk, umgeben von brennenden Kerzen, ein; vorne stand der Beschmel, mit dem Mantel des Annunziaten-Ordens bedeckt und für die Ritter dieses Ordens bestimmt. Zweihundert Säger und die Musik von Tertiana wirkten mit. Der königliche Hausprälat, Monsignore Azimino, celebrirte, von der römischen Geistlichkeit assistirt. Die nächstliegenden Straßen waren dicht gedrängt voll, während die Kirche selbst nur Geladene betrat.

Frankreich.

Paris, 16. Jan. (N. Fr. Pr.) Challemel-Lacour wird der Königin von England im nächsten Monate sein Abberufungsschreiben überreichen.

Was die Ministerkrise betrifft, so schien heute die Stimmung sich zum Besseren wenden zu wollen, doch wurde in der Kammer vielfach bemerkt, daß ein von der äußersten Linken eingebrachter Antrag, anstatt eine Kommission von 23 Mitgliedern eine solche von 33 Mitgliedern in Angelegenheit der Verfassungsrevision und des Listenstrutiniums zu wählen, von der Kammer angenommen wurde. Da die Majorität der Abgeordneten die Aufnahme des Prinzips des Listenstrutiniums in die Verfassung perhorreszirt und Gambetta darauf beharrt, so wird, um den Abgeordneten freie Hand zu lassen, geheime Abstimmung beantragt werden.

Bei der Demonstration am Todestage Napoleon's III. wurden zwei Personen verhaftet.

Paris, 17. Jan. Die Bureaus der Kammer werden Donnerstag den Revisionsentwurf beraten und eine Kommission wählen. In Parlamentskreisen versichert man, die Differenz zwischen der Kammer und der Regierung bezüglich des Revisionsentwurfs und des Listenstrutiniums nehme ab. — Der „France“ zufolge stimmte die Westbahn-Gesellschaft den Regierungsvorschlägen betreffs der Tarifreduktion zu. — Charles Blanc, Mitglied der Akademie der Künste, ist gestorben.

Man konstatiert allgemein, wie der „Frkf. Ztg.“ berichtet wird, einen Umschwung zu Gunsten des Gambetta'schen Revisionsprojekts. Viele derjenigen Deputirten und Senatoren, welche dasselbe heftig angriffen, zeigen sich jetzt verständig und viele Schwankende scheinen für Gambetta gewonnen, verlangen jedoch hinlängliche Garantie dafür, daß die Listenwahl nicht vor 1885 angewendet werde. — Der Botschafter Courcel reist nächsten Donnerstag nach Berlin ab.

Was das Wiken der Wetterberichte in Frankreich betrifft, so lauten die Instruktionen des unter den Auspizien des Unterrichtsministers errichteten Centralbureaus u. A.: „Die von dem Centralbureau erhaltenen Angaben ermöglichen die Aufstellung der meteorologischen Situation in Europa und die Deduktion der darauf wahrscheinlich folgenden Witterung. Täglich werden zwei Depeschen abgefertigt, um 12 und 5 Uhr Abends, um den Seewarten die Windrichtung, den Zustand des Meeres an den Küsten anzuzeigen und sie von den Stürmen zu benachrichtigen, die sie etwa bedrohen können. Um 12 Uhr wird eine Depesche wesentlich verschiedenen Inhalts an eine große Anzahl Gemeinden gerichtet. Diese Depesche enthält die den Landwirthen besonders nützlichen Nachrichten über den Stand der Temperatur und des Regens.“

Zur Zeit der Organisation dieses Dienstes gewährte die Telegraphenverwaltung verhältnißmäßig vollständige Kostenfreiheit der Depeschen. Heute ist in Folge der Ausdehnung, welche die Wetterberichte angenommen haben, die Taxe für die Depeschen auf 40 Fr. pro Jahr festgesetzt worden, was also in runder Summe etwa 10 Cts. pro Tag macht. Um die Wetterberichte zu erhalten, brauchen die Maires der betreffenden Gemeinden nur den Direktor der Centralstelle zu benachrichtigen, daß sie die Abonnementstaxe annehmen und den Betrag derselben an die betreffende Telegraphenstation entrichten wollen. Die französischen Eisenbahn-Gesellschaften willigen ihrerseits ein in die Beförderung der landwirtschaftlichen Depeschen durch die Bahnhof-Bureau, insoweit keine Betriebsstörung dadurch veranlaßt wird.“

Großbritannien.

London, 16. Jan. Ein großer Theil der englischen Presse kommentirt, wie der „N. Fr. Pr.“ berichtet wird, Gambetta's Reformpläne bloß mit Rücksicht auf die Möglichkeit einer englisch-französischen gemeinsamen Aktion in Egypten, welche gefährdet, vielleicht sogar verhindert werden könnte, falls Gambetta unterläge. Daher kommt fast eine allgemeine Mißstimmung über Gambetta's Vorgehen zum Ausdruck. Selbst die „Daily News“, sonst sehr gambettafreundlich, meint, derselbe handelte unklug, einen Konflikt zu provoziren, bei welchem er mehr verlieren als gewinnen kann. Der „Telegraph“ sieht die Gefahr einer Diktatur und in Gambetta einen Mann des napoleonischen Systems, während der Pariser „Times“

Korrespondent Gambetta als zukünftigen Mikado Frankreichs verspottet, welcher die Kammer zum Sarkophag zwingen will.

Lord Granville kam speziell nach London, um Unterredungen mit den Botschaftern zu pflegen. So wie Malet bereits in Kairo gethan, so bemüht sich Lord Granville, die Absicht und die Ziele der gemeinsamen englisch-französischen Note in Betreff Egyptens möglichst zu verkleinern. Wie verlautet, betonte er besonders Musurus Pascha gegenüber, die Note lasse durchaus nicht den Schluß auf eine beabsichtigte gemeinsame militärische Intervention Frankreichs und Englands in Egypten zu.

Die Agitation für eine kräftige Intervention zu Gunsten der verfolgten Juden in Rußland ist im Wachsen. Der Erzbischof von Canterbury, Cardinal Manning, der Dechant von Westminster, der Earl von Shaftesbury an der Spitze, publiziren einen Aufruf, in welchem das englische Volk apostrophirt wird, ob dasselbe noch fernerhin schweigend die unerhörten Grausamkeiten mit ansehen wolle, welche unter Billigung der russischen Beamten von Unterthanen des Kaisers, die Polen inbegriffen, zu ihrer ewigen Schmach gegen die Juden verübt werden. Die ganze Welt, auch der Kaiser, müsse diesen Protest Englands erfahren und England müsse der Welt beweisen, daß das wirkliche Christenthum grundverschieden ist von dem sogenannten Christenthum Rußlands und leider auch mancher Theile Deutschlands.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 17. Jan. Der außerordentliche Storting wegen des Handelsvertrags mit Frankreich ist heute eröffnet. Die Thronrede berührt die große Bedeutung des Vertrags für Handel und Schifffahrt, die Vermählung des Kronprinzen, sowie die Verbesserung der ökonomischen Verhältnisse.

Rußland.

St. Petersburg, 17. Jan. Der „Regierungsbote“ publizirt das Staatsbudget für 1882. Die gewöhnlichen Staatseinnahmen betragen 654,217,870 Rbl., diverse Einnahmen 22,165,068 Rbl., extraordinäre Einnahmen aus Eisenbahn-Fonds 22,744,293 Rbl., zur Verfügung des Finanzministeriums im Auslande und Ueberbleibsel der fünften Emission 5proz. Bankbills 60,377,281 Rbl., Ueberschüsse der angeführten Voranschläge bis 1. Januar 1882 2,500,000 Rbl., mithin Totalerlöbniß 762,004,512 Rbl. Die gewöhnlichen Staatsausgaben betragen 658,595,151 Rubel, diverse Ausgaben 22,165,068 Rbl., extraordinäre Ausgaben für Rechnung der Eisenbahn-Fonds 22,744,293 Rubel, Zahlung an die Staatsbank zur Schuldenstilgung, Ausgaben für Rechnung der Krone 50,000,000 Rbl., für unvorhergesehene Ausgaben 8 1/2 Mill. Rubel, Totalausgaben 762,004,572 Rbl.

St. Petersburg, 18. Jan. (Tel.) Das „Journal von St. Petersburg“ konstatiert bei Besprechung des Budgets die Besserung der wirtschaftlichen Lage in Folge der vorjährigen glänzenden Ernte und der beträchtlichen Einnahmesteigerung des zweiten Semesters. Die theilweise schon erzielte Rückkehr zu einer guten Finanzlage werde noch mehr erreicht werden durch beträchtliche Ersparnisse; beim Kriegsministerium seien bereits 23 Millionen erspart, weitere Reduktionen seien anbefohlen. Die Vermehrung der Ausgaben, sowie außerordentliche Kredite sollen nur für produktive Zwecke eintreten, was, dank der Friedenspolitik des Kaisers, unschwer möglich sei. Die Einnahmen sollen durch die Steuerreform vermehrt werden. Der Finanzminister hält an der Verminderung der schwebenden Schuld durch jährliche Vernichtung von 50 Millionen Kreditbills fest bis zum Betrage von 400 Millionen; auch dürften die von der Regierung für Kursaufbesserung gemachten Ausgaben nicht als unproduktiv betrachtet werden. Das Journal glaubt, Rußland könne unter diesen Umständen in wenigen Jahren sich vom Defizit befreien.

Türkei.

Konstantinopel, 17. Jan. Dem Gleichheitsprinzip gemäß wird die Militärpflichtigkeit auch auf die nicht-mohamedanischen Ottomanen ausgedehnt. Die Pforte ordnete eine Volkszählung zur Feststellung der Ziffer der Stellungspflichtigen an.

Afrika.

Tunis, 17. Jan. Tajeb, zweiter Bruder des Beys, ist Vormittags vom Kriegsminister und Marineminister verhaftet worden. Er wird in einem Gemach des Bardo bewacht. Man vermuthet eine Verschwörung gegen den Bey.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 17. Jan. Ueber den Verlauf des nunmehr zu zwei Dritteln beendeten Tabakeinkaufs gehen uns von unterrichteter Seite folgende Mittheilungen zu.

Das Charakteristische des sich gegenwärtig abspielenden Tabakeinkaufs sind die großen Differenzen in den für den Tabak bezahlten Preisen, wie man sie in Baden früherhin nicht gekannt hat. Während in den letzten Jahren höchstens Unterschiede von 10 M. für den Zentner zu verzeichnen waren, beliefen sich dieselben bei den Ankäufen der vorjährigen Ernte bis zu 32 M., indem Preise von 14 M. bis zu 46 M. für den Zentner vorliefen. Die höchsten Preise wurden dabei diesmal im Allgemeinen nicht in der Pfalz, sondern für die Tabake des Reichthals, sowie des Gebiets zwischen Rinzig und Dos und für die Breisgauer Tabake erzielt. Den Tabaken der hieser gebliebenen Orte wird nachgerühmt, daß sie gut in der Farbe und gut brennend seien, was wohl damit zusammenhängt, daß sie auf den richtigen Böden gepflanzt wurden und daß auch die Düngung eine richtige gewesen ist. Es bewegten sich in diesen Tabakbau-Distrikten die Preise durchschnittlich zwischen 28 und 33 M. Hingegen wurden in verschiedenen Orten der Bergstraße durchschnittlich nur 18 M. bis 25 M. gelbst, weil die Tabake — vermuthlich in Folge zu scharfer Düngung oder verfehlter Bodenwahl oder nachlässiger Trocknung — dickrippig, schlechtbrennend oder

nach grün in der Farbe waren. Wie sehr eine Qualitätsbehandlung des Tabaks seitens der Pflanzler in höheren Kreisen Ausdrück findet, zeigt das Beispiel einer Anzahl Dörfer, in denen je nach der Güte des Blattes der auf derselben Gemarkung gewonnene Tabak Preise von 20 bis 36 M. erzielt.

Karlsruhe, 18. Jan. Nach amtlichen Mittheilungen hat die Reb- und Weinbauverwaltung im abgelaufenen Jahr 1881 in Frankreich zwei neue Departements ergriffen und beziffert sich die Oberfläche der von dem Insekt völlig vernichteten Weinberge nunmehr auf 500,000 Hektare. Auch in Portugal hat die Krankheit an Umfang und Intensität zugenommen, und ist die Weinproduktion in dem berühmten Douro-Gebiet bereits fast gänzlich vernichtet. In Italien ist ebenfalls im letzten Jahre eine bedeutliche Zunahme der Insektion zu verzeichnen. In der Schweiz wurden drei neue Reb- und Weinbau-Verde, zwei im Kanton Neuchâtel, einer im Kanton Genève, endlich zeigten sich auch in Deutschland eine Anzahl Rebgrundstücke neu infiziert, und zwar in Erfurt, in Lübeck, Bonn und in den Reben der Gemarkung Neuenahr. Der letzterwähnte Reb- und Weinbau-Herd ist der bedeutendste, umfaßt etwa 160 Ar und 54 Weinbergs-Parzellen und hat sehr umfassende Vertilgungsmaßregeln nötig gemacht. Weitere Anfidelungen des Insekts sind im abgelaufenen Jahr innerhalb des Gebiets des Deutschen Reichs nicht festgestellt worden.

H. Karlsruhe, 18. Jan. Ueber die ersten Anfänge und die Weiterentwicklung der Fernsprech-Anlage in Mannheim ist in diesen Blättern wiederholt berichtet worden; einige Angaben über den Umfang der täglichen Benützung derselben bieten nicht weniger Interesse. Die Fernsprech-Anstalt gelangte bekanntlich nach einer vorläufigen Eröffnung am 1. Oktober v. J., vierzehn Tage später mit 101 Theilnehmern und 135 Sprechstellen in vollen Betrieb. Inzwischen sind zwar noch 3 Theilnehmer mit 4 Sprechstellen hinzugekommen; indes mußten mit dem Eintritte des Winters die Benützung am 3. Dezember v. J. eingestellt werden. Die Zahl der im Centralbureau des Telegraphenamts täglich hergestellten Verbindungen, d. h. der täglichen Telephongespräche zwischen den Theilnehmern, am 1. Oktober mit 60 beginnend, wuchs mit dem Fortschreiten der Anschlüsse allmählich bis auf 276 und erreichte am 15. Oktober, dem Beginn des vollen Betriebs, die bis jetzt höchste Ziffer 400. Vom 16. Oktober ab griff jedoch das wirkliche geschäftliche Bedürfnis Platz, und es herrscht seitdem eine große Gleichmäßigkeit der Zahl der hergestellten Verbindungen, deren es in der dritten Betriebswoche (16.—22. Okt.) 2113, in der 4. 2097, in der 5. 2187, in der 6. 2177, in der 7. 2099, in der 8. 2115, in der 9. 2174, in der 10. 2090, in der 11. 2014 und in der 12. 2007, dagegen in der 13. Betriebswoche (25.—31. Dez.) wegen der Feiertage nur 1665 gewesen sind. Es wurden mithin vom 15. Oktober bis 31. Dezember im Ganzen 23,138 Gespräche geführt, also im Durchschnitt täglich 296, welche Durchschnittszahl indes für die Sonntage auf 105 zu vermindern, für die übrigen Tage auf 331 zu erhöhen ist. Diese Ziffern, welche die große Ersparnis an Zeit, Briefen und Botengängen ausdrücken, beweisen am augenscheinlichsten den hohen Nutzen der Fernsprech-Anstalt, die in dem Leben Mannheims schon heute einen wichtigen, ja unentbehrlichen Faktor bildet. Wie verlannt, ist die Frage der Errichtung einer Fernsprech-Anstalt auch in Karlsruhe bereits in den betheiligten Kreisen in's Auge gefaßt, wenigstens in das Stadium der vorbereitenden Prüfung und Erwägung getreten.

*** Karlsruhe, 18. Jan.** Die Zweite Kammer wird sicherem Vernehmen nach Mittwoch den 25. d. M., Morgens 10 Uhr wieder zusammentreten. Als Gegenstand der Tagesordnung ist die Beratung des Beschlusses des Abg. Schmidt über das Reichs-Gerichtskosten-Gesetz in Aussicht genommen.

Karlsruhe, 18. Jan. Die Räumlichkeiten der hiesigen Suppenanstalt und Volkstüche haben während der letzten Monate eine ebenso zweckmäßige als willkommene Erweiterung erfahren. Dank dem freundlichen und opferwilligen Entgegenkommen der hiesigen städtischen Behörden ist es durch den Ankauf eines angrenzenden Hauses gelungen, eine ganz neue geräumige und leicht ventilirbare Küche herzustellen. Der bisher als Küche benützte Raum wurde in einen Speisesaal umgewandelt, in welchem jetzt die Armensuppen verabreicht werden, während für die Besucher der Volkstüche die städtischen Räume des seitherigen gemeinschaftlichen Speiseflokals ausschließlich vorbehalten bleiben. Hand in Hand mit diesen Neuerungen wurden verschiedene Einrichtungen geschaffen, welche den Betrieb beider Anstalten, selbst wenn derselbe eine größere Ausdehnung erfahren sollte, wesentlich erleichtern, und an die mit der Leitung dieser Anstalt betrauten Kräfte geringere Anforderungen als bisher stellen werden. Wegen dieser räumlichen Veränderungen mußte die seither in der Weihnachts- und Jahresfeier verschieben werden. Diefelbe hat nach der Eröffnung der neuen Räume am Vormittag des 17. Januar d. J. im Beisein Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Prinzessin Wilhelm, Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Fürstin Hohenlohe, der Vertreter des hiesigen Stadtraths sowie vieler dem Badischen Frauenvereine angehöriger Damen und Herren stattgefunden. Die Feier wurde durch eine vortreffliche Ansprache des Herrn Prälaten Doll eröffnet. Anknüpfend an den Inhalt eines von Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin in eingelaufenen Telegramms gab derselbe dem allgemein empfundenen Bedauern darüber würdigen Ausdruck, daß die hohe Beschützerin des Frauenvereins durch die unermüßliche Pflege an dem Krankenlager unseres vielgeliebten, seiner baldigen Wiedergenesung nicht vergeblich harrenden Landesherren von der Theilnahme an diesem schönen Feste abgehalten worden ist. Nach beendigter Ansprache erfolgte die Verteilung der an diesem Tage reichlicher bemessenen Portionen sowie von Wein und Brod, wie dies durch hohe fürstliche Gaben auch in diesem Jahre ermöglicht wurde, an die Besucher der Volkstüche und Suppenanstalt, welche in großer Zahl sich eingefunden hatten. Das Telegramm Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin lautete:

„Ich freue mich der Vollendung der Räume, welche heute ihrer Einweihung entgegen gehen, und nehme den aufrichtigsten Antheil an dieser so nützlichen Schöpfung, durch welche unsere Stadt eine neue Förderung wohlthätigster Bestrebungen zu kräftiger Entwicklung geführt hat. In diesen ersten Tagen neuer, Gottlob der Besserung entgegengehenden Prüfung denke ich gern und dankbar der treuen Fürsorge, welche die heute Versammelten den Nothleidenden widmen.“

Durch diese räumlichen Veränderungen hat die Leistungsfähigkeit beider Anstalten, deren hohe Bedeutung für die hiesige Stadt durch die bisherigen Erfahrungen zur Genüge bestätigt ist, einen sehr glücklichen und dankenswerthen Vorstoß erhalten. Von dieser Thatfache werden alle Diejenigen mit Genugthuung Kenntnis nehmen, welche bisher stets bereit waren, in thätigster Weise die städtischen Behörden und den Frauenverein in ihren gemeinsamen Bestrebungen zu unterstützen, den Hilfsbedürftigen die Sorge für ihre tägliche Nahrung zu erleichtern, den Ange-

hörigen der arbeitenden Klasse aber neben einer kräftigen und billigen Mittagskost einen behaglichen, die Erholung von der Arbeit ermügendenden Aufenthaltsraum zu schaffen. Möchten es Diejenigen dankend anerkennen, deren Interesse allein der Bestand beider Anstalten genöthigt ist. — Durch das Zusammenwirken der Gemeindeverwaltung mit der freiwilligen Vereinsthätigkeit, das sich bei mehreren Anstalten hier segensreich bewährt, wurde auch dieses edle Werk geschaffen und gefördert.

w. Karlsruhe, 18. Jan. In der letzten Sitzung der „Literarischen Gesellschaft“ vom 16. d. M. sprach Herr Dekan Bittel über die „neueste Luther-Literatur“. Der Vortragende mußte zunächst gesehen, daß unser Volk bis vor kurzem gegenüber einem Manne von der Bedeutung Luthers sehr in der Schuld gestanden war, da wir weder eine gute Ausgabe seiner Werke, noch ein streng geschichtliches Lebensbild von ihm besaßen. Die ältesten Ausgaben seiner Werke enthalten viel fremde Zutaten, die Lebensbeschreibungen schöpften meist aus den Luther-Predigten des Mathesius, gef. 1564, die voll von Anekdoten sind. Weder der Orthodoxie noch dem Rationalismus war viel an der Person Luthers gelegen, erst die neuere historische Schule hat die alte Schuld abgetragen. Nachdem bis zur Mitte dieses Jahrhunderts zwei neue Ausgaben von Luthers Werken erschienen waren, die Walch'sche und die Erlanger, die aber noch viel zu wünschen übrig lassen, wird jetzt von der Berliner Akademie eine solche veranstaltet und ein Stuttgarter Schriftsteller, Dr. Karl Haas, gibt nach alten Drucken der dortigen Bibliothek einen „unverfälschten Luther“ heraus. Gute, wenn auch nicht in Allem zutreffende Lebensbilder haben Maurer und Heinrich Lang geschrieben, und im Jahre 1875 erschien ein mit wissenschaftlicher Gründlichkeit nach eingehenden Quellenstudien von K. F. Lin bearbeitetes Werk: Luthers Leben und Schriften. Wenn auch der Gelehrte in diesem Werke alles finden konnte, so war es doch kein Buch für weitere Kreise, deshalb hat die Reichsländische Verlagsanstalt einen gedruckten Auszug durch denselben Verfasser ausarbeiten lassen und nach der bekannten Art der Dinger'schen Lebensbilder unserer großen Dichter ausgefattet. Dieses Buch befriedigt alle Ansprüche des gebildeten Lesers.

× Karlsruhe, 18. Jan. Donnerstag Abend wird Hr. Dr. C. Thia einen Vortrag über „Gothardbahn und Tunnel“ mit erläuternden Vorzeigungen halten. Es ist dies die 6. der öffentlichen, vom Aufsichtsrath der allgemeinen Volksbibliothek veranstalteten Vorlesungen. — Zur Vorkost-Feier wird vom Militärverein am Donnerstag Abend eine Abendunterhaltung im Café Kowak veranstaltet.

Der evangelischen Diakonissenanstalt und ihren Zweiganstalten wurde von der verstorbenen Frau Prälat Illmann durch letztwillige Verfügung der Betrag von 600 Mark zugewendet.

× Aus Baden, 18. Jan. Das Wochenblatt des Landwirtschaftl. Vereins enthält in Nummer 3 folgende Aufsätze: „Vorschläge zu einer Revision des Tabaksteuer-Gesetzes“ von G. Höpfer in Weiskheim; „Zur Bauern-Frage“ von v. Hornlein; „Ueber Feinde und Freunde unserer Obstbäume“ von C. Bach in Karlsruhe.

In Mannheim wurden zwölf Pferde der Trambahn von der „Influensa“ befallen. Die Direktion mußte daher die Tour Ludwigshafen-Gemshof einstellen und auch die Fahrten auf den übrigen Linien einschränken.

Aus Eberbach meldet man: Im Laufe voriger Woche wurde mit der Schienenlage auf der Linie Eberbach-Eberbach vom hiesigen Bahnhof aus begonnen. Bis zur Steinernen Brücke ist die Schienenlage schon fertig.

Lenzkirch. Nach dem soeben publizirten Rechenschaftsberichte für das Jahr 1881 besitzt der Frauenverein zu Lenzkirch und Unterkirch, der 94 Mitglieder zählt, ein Vermögen von 2009 Mark. Zu Unterstüßungen für Bedürftige wurden 342 Mark verwendet.

Das Monatsblatt des Badischen Vereins für Bienenzucht mit dem Titel „Die Bienen und ihre Zucht“ erscheint seit Neujahr in Karlsruhe, unter der bisherigen Redaktion des ersten Vereinsvorstandes, Hrn. Pfarrer Kern zu Eggenstein. Der Januar-Nummer ist ein Verzeichniß der Mitglieder beigelegt. Hiernach zählt der Verein 1683 Mitglieder, worunter 1543 in Baden. Die höchste Zahl von Mitgliedern zählt der Bezirk Waldshut, 104; es folgen dann die Bezirke Karlsruhe mit 68 Mitgliedern, Forzheim 62, Heidelberg 59 u. Neuestens ist dem Vereine wieder eine Anzahl Mitglieder, wie auch der Zweigverein Bürrthal mit 34 Theilnehmern beigetreten. — Für Bienenfreunde wird durch Behandlung wichtiger Gegenstände aus dem Gebiete der Bienenzucht, Vereinsnachrichten und Bekanntmachungen, namentlich auch durch Notizen über den Bezug von Bienenwohnungen und Apparaten für die Bienenwirtschaft in diesem Blatt Lehrreiches und Interessantes geboten. Quellen zum Bezuge von reinem Bienenhonig sind hier öfters aufgeführt.

Neueste Telegramme.

Berlin, 18. Jan. Der Reichstag genehmigte in erster und zweiter Lesung die für das Reichstags-Gebäude geforderte Summe und nahm den Windthorst'schen Antrag betreffend Aufhebung des Internirungsgesetzes in dritter Lesung unverändert an.

Sodann wird der Buhl'sche Antrag wegen Erweiterung der Haftpflicht beraten. Lasker, Buhl, Hirsch befürworten den Antrag, Sonnemann führt aus, der Entwurf bleibe vielfach auf halbem Wege stehen, schlage auch manchmal einen falschen Weg ein.

Richter (Weißen) hält die Lösung des Problems nur auf dem von der Reichsregierung im Vorjahr eingeschlagenen Wege möglich.

Bundeskommissär Lohmann erkennt die wohlwollende Tendenz des Antrags an; viele Fragen blieben aber ungelöst; die Materie sei noch nicht spruchreif, so dankbar auch die Anregungen des Antrags zu begrüßen seien.

Fortsetzung morgen.

Großherzogl. Hoftheater.

Donnerstag, 19. Jan. 11. Ab.-Vorst. Die Entführung aus dem Serail, komische Oper in 3 Akten von W. A. Mozart. Anfang halb 7 Uhr.

Freitag, 20. Jan. 12. Ab.-Vorst. Der Fichter von Ravenna, Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schlegel. Anfang halb 7 Uhr.

Beobachtungen der meteorologischen Station Karlsruhe.

Januar	Barom.	Thermom.	Relative Feuchte	Absolute Feuchte	Wind.	Himmel.	Bemerkung.
17. Nachts 9 Uhr	773.0	-1.7	98	3.97	SW	bedeckt	Rebel
18. Morgs. 7 Uhr	773.2	-4.2	100	3.33	E	"	Rebel u. Duft
" Mittags 2 Uhr	772.6	-3.0	100	3.66	SE	"	Rebel u. Duft

Wasserstand des Rheins. Mainz, 18. Jan., Mrgs. 2.85 m, gefallen 3 cm.

Wetterbericht der Seewarte zu Hamburg vom 18. Januar, Morgens 8 Uhr.



Erklärung. Die den Stationen beigefügten Zahlen geben die Temperaturgrade nach Celsius an; die den Kurven (Isobaren) beigefügten Zahlen bezeichnen den auf das Meer reduzirten Barometereand in mm.

A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z
berlin	hamburg	stettin	danzig	göteborg	oslo	stockholm	helsinki	moskau	berlin																

Ueberblick der Witterung. Die Depression im hohen Norden nach dem Weissen Meer fortziehend, hat an Tiefe und Intensität beträchtlich zugenommen, so daß über dem Ostsee-Gebiete vielfach starke westliche Winde mit steigender Temperatur eingetreten sind. Indessen wandert das Luftdruck-Maximum langsam westwärts fort und erstreckt sich jetzt von Südschweden über den Kanal hinaus nach dem Niedersee hin. Ueber Centralrußland ist das Wetter mit meist steigender Temperatur andauernd ruhig, im Westen stark neblig, sonst trocken. Die deutsche Küste ist frostfrei, dagegen im südlichen Deutschland herrscht noch ziemlich strenge Kälte.

Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 18. Januar 1882.

Staatspapiere.		Bauaktien.	
D. Reichs-Anl.	100.87	Bauaktien	153
Preuß. Consols	100.81	Staatsbahn	270.04
4% Bayern i. R.	101.25	Galizier	257.—
4% Baden i. R.	100.37	Nordbahn	197.02
4% i. G.	100.31	Lombarden	120.25
Def. Papierrente (März-Loob.)	65.—	5% Lomb. Prior.	100.03
Deferr. Goldrente 79% 3%	79.—	(alte)	55.56
Silber.	65.07	8% S. F. S. R.	75.81
4% Ungar. Goldr.	74.03	Kasse, Wechsel u. Cour.	
Russ. Oblig. 1877	88.07	Def. No. 1860	123.—
Orientalanleihe		Beihilf. a. Anst.	163.92
U. Em.	59.—	" Lomb.	20.41
Kreditaktien	281.62	" Paris	81.05
Wien Bankverein	114.—	" Wien	171.20
Cent. Effekt. u. W.		Napoleonsbör.	16.18
Bank	133	Kreditaktien	283.02
Darmstädter Bank		Staatsbahn	271.04
Meining. Kreditb.	99.03	Lombarden	123.01
Hess. Bankver.	150.50	Tendenz:	fest.
Disconto Comm.	196.75		

Verantwortlicher Redakteur: F. Nestler in Karlsruhe.

Karlsruher Staudesbuch-Auszüge.

Eheaufgebote. 18. Jan. Karl Rudi, Schreinermeister hier, mit Mathilde Dreuter von Lohr; Ludwig Reiß, Braumeister hier, mit Marie Gessner, Witwe, geb. Schleinkofer von Ettlingen.

Geschließungen. 14. Jan. Karl Durte von Rimbura, Uhrmacher hier, mit Juliana Seiz von Kleinbottwar; 17. Jan. Charles Schneider aus Genf, Fabrikant alda, mit Josefine Singer von hier.

Todesfälle. 18. Jan. Otto, 2 M. 4 J., B.: Sieben, Schuhmacher. — Theresie Groß, Ehefrau des Maler Groß, 44 J.

Forzheim, 15. Jan. Wilhelm Metz, Kanzleisekretär a. D. — Schwetzingen, 16. Jan. Seb. Mehlina, 81 J. — Heidelberg, 17. Jan. Frau Jakob Reiser, Witwe. — Mosbach, 17. Jan. Lina, geb. Koblhagen, Ehefrau des Rechtsanwalts Jant, 62 J. — Offenburg, 16. Jan. L. Fel. Reclinger, geb. Darr, 42 J.

